

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochensblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameseite 45 Goldpfennige. Bei Wiederverkauf der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postkontingent Stuttgart Nr. 5791. - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 35

Altensteig, Samstag den 12. Februar

1927

Zur Lage.

Die neue Regierungskoalition aus Zentrum, Deutschnationalen, Deutscher und Bayerischer Volkspartei hat im Reichstag am 5. Februar mit 235 gegen 174 Stimmen bei 18 Enthaltungen eine Vertrauensfrage für das neue Kabinett erreicht. Dennoch war diese politische Aussprache des deutschen Parlaments unbefriedigend in ihrem Abschluß. Die Sozialdemokratie setzte ihre Angriffe gegen den neuen Innenminister von Reubell fort. Reubell hat als Landrat seiner vaterländischen Kreise sich zur Zeit des Kapp-Putsch der Militärbehörde zur Verfügung gestellt, die in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. eine Reihe von Verfügungen ausgab, die den Zweck hatten, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dabei hat von Reubell in einer Verordnung von der ehemaligen Regierung gesprochen, da diese, wie bekannt, nach Stuttgart geflüchtet war. Ein weiterer Vorwurf der Linken richtet sich dahin, daß Reubell Maßnahmen gegen den von der rechtmäßigen Regierung proklamierten Generalkrieg getroffen habe. Endlich wird noch die Beschuldigung erhoben, daß Reubell rechtsradikale Verbände auf seinem Gute noch im letzten Jahre beherbergt. Nach Lage der Dinge konnte der Reichskanzler nur eine Untersuchung der Anschuldigungen zulassen. Das Zentrum gab deshalb sein Vertrauen mit einem gewissen Vorbehalt ab. Nun hat in dieser Woche durch den Reichskanzler Dr. Marx die Untersuchung stattgefunden, und es steht zu erwarten, daß mit der Sitzung des Reichstags am Freitag die ganze Sache beseitigt wird. Die Angriffe von der Linken sollen nichts Bestehendes für den Reichsinnenminister ergeben haben. Dieser selbst soll durch eine Erklärung seine Gebundenheit an die Verfassung zum Ausdruck bringen. Ein weiterer Zwischenfall dieser unerfreulichen Regierungsbildung ist das Verhalten des Abg. Dr. Wirth, der gegen das neue Kabinett stimmte und seither wiederholt seinem Mißtrauen Ausdruck gab, obwohl keine Fraktion, die Zentrumspartei, führend an der neuen Koalition beteiligt ist. Die Reichstagsfraktion hat nun den andern Koalitionsparteien die Genugtuung gegeben und in einer einstimmig gefaßten Entschließung ihr Bedauern über das Verhalten des Abg. Dr. Wirth ausgedrückt, nachdem bereits aus Baden ähnliche Stimmen laut geworden sind. Ob nun, wie gehofft wird, alle Bedingungen für eine ruhige sachliche Arbeit des Kabinetts gegeben sind, muß die Zeit lehren. Die Sozialdemokratie ruft zum Kampf gegen die Bürgerblockmehrheit auf; sie bringt auch einen Mißtrauensantrag gegen von Reubell ein. Bleibt noch zu erwähnen, daß der Reichsanzenminister Dr. Stresemann auf längere Zeit in Urlaub gegangen ist. Er muß sich an der Riviera erholen. Abgesehen von dem Zwischenfall des Doppelgängers von Stresemann hat sich im besonderen die französische Presse darauf geworfen, in dem Besuch Stresemanns in Südfrankreich und an der italienischen Küste ein politisches Geschäft zu suchen. Man vermutete eine geheimnisvolle Zusammenkunft mit Briand und auch Mussolini. Doch ist dem von deutscher Seite und von Stresemann bisher widersprochen worden, was aber nicht ausschließt, daß doch noch eine Begegnung zustande kommt. Im übrigen ist schon deshalb mit einer solchen in absehbarer Zeit zu rechnen, weil am 7. März in Genf wieder eine Ratstagung des Völkerbunds stattfindet, die sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt.

Unterdessen ist es über allem innerpolitischen Janz auch in der Außenpolitik recht lebhaft geworden. Die Noten zur Entwaffnungsfrage sind veröffentlicht. Sie bestätigen, daß Deutschland wieder einmal etwas nachgegeben hat und daß die nationalpolitischen Kreise in Frankreich und Polen ihre Genugtuung haben. Nur so kann erklärt werden, daß Polen in Paris den Dank für die Regelung der deutschen Entwaffnungsfragen bezüglich der Offestellungen aussprechen ließ. Frankreich und Polen sind nach wie vor die beiden Mächte, die uns auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Schwierigkeiten bereiten. Seit zwei Jahren verhandeln wir mit Frankreich um einen Handelsvertrag, ohne daß es bisher gelungen wäre, einen Abschluß herbeizuführen. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in der unsicheren französischen Währung. So hat man sich bisher mit Zwischenlösungen, einem Handelsprovisorium, durchgeholfen. Die deutsche Regierung will nun dieses Provisorium auf drei Monate verlängern, da bis dahin der neue französische Zolltarif fertig ist. In Paris will man nur um sechs Wochen verlängern und möchte auch den französischen Weinen eine bevorzugte Stellung einräumen. Darauf sind die deut-

lichen Unterhändler nicht eingegangen. Der deutsche Botschafter in Paris von Hoelsch, hat nun wiederholt mit Briand verhandelt. Daß dabei auch andere schwebende Fragen zur Sprache kamen, ist beinahe selbstverständlich. Die Rheinlandräumung liegt in der Luft, aber von Frankreich werden immer wieder ablehnende Stimmen laut.

Die deutsch-polnischen Schwierigkeiten sind fast noch bedeutender. Aus Polnisch-Oberschlesien wurden führende Industriekreise ausgewiesen, obwohl derzeit mit den Polen über einen Niederlassungs- und Handelsvertrag verhandelt wird. Die Ausweisung dieser deutschen Ingenieure ist ein unfreundlicher Akt ohnegleichen. Darüber drohen nun die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen abzubrechen, nachdem wir seit mehr als Jahresfrist mit Polen im Zollkrieg stehen. Ueberdies mußte die Reichsregierung beim internationalen Gerichtshof in Haag gegen die polnische Regierung klagen, da die Polen den Urteilspruch in Sachen des Chorzower Stickstoffwerkes nicht nachgekommen sind. Deutschland fordert einen Schadenersatz in der Höhe von 75 Millionen Mark. Man muß also damit rechnen, daß die neue Reichsregierung den Polen endlich den Ernst zeigt und der Hinzuziehung der wirtschaftlichen Verhandlungen ein Ende bereitet.

In der großen Weltpolitik haben die Fragen um China, um Tanger und schließlich die Militärrevolte in Portugal die Gemüter bewegt. Das englische Kabinett und auch das englische Parlament haben sich anlässlich der Thronrede wiederholt mit den Ereignissen in China beschäftigt. Chamberlain hat alles versucht, um die Zersplittertheit der englischen Chinapolitik nachzuweisen. Er wandte sogar an den Völkerbund ein Memorandum über die englische Haltung. Und am Donnerstag gab er im englischen Unterhaus Erklärungen ab, daß England mit seinen Truppenbewegungen nur das Leben der Briten schützen wolle, daß England im chinesischen Bürgerkrieg strengste Neutralität bewahre. Ob auf Grund dieser Erklärungen eine Einigung mit der Kan-

tonregierung zustande kommt, erscheint sehr fraglich. Die nordchinesische Regierung in Peking hat in den letzten Tagen schärfere Töne angeschlagen, hat auch den amerikanischen Plänen auf eine Neutralisierung des Hafengebietes von Schanghai ein Veto entgegengesetzt. Im übrigen liegen über die Vorgänge in China meist nur englische Meldungen vor, so daß es sehr schwer ist, sich ein objektives Bild der politischen und kriegerischen Vorgänge zu machen.

In Paris findet in diesen Tagen eine Aussprache mit Spanien über die Tangerfrage statt. Da es sich dabei um machtpolitische Interessen handelt, um die Vorherrschaft an der Nordküste Marokkos, so haben sich England und Frankreich bereits verständigt, und Spanien wird sich mit wenig oder nichts begnügen müssen. Die Spanier beschwerten sich darüber, daß die Kisten über die internationale Zone von Tanger mit Waffen und Munition versorgt wurden. Darum fordern sie die Aufhebung des Tangerstatus. Wenn Spanien kein Entgegenkommen findet, so droht es mit der Zurückziehung seiner Truppen aus Marokko, wodurch eine neue Unruhequelle auch für Frankreich und Italien geschaffen würde. So wird man den Tangerbesprechungen in Paris immerhin einige Beachtung schenken müssen.

Die überraschende Militärrevolution in Portugal hat ihr blutiges Ende gefunden. Die Regierung hat den Auffstand in der Hafenstadt Oporto und in Lissabon niedergeworfen. Man muß aber annehmen, daß für Portugal noch lange nicht eine Zeit der Ruhe gekommen ist. Denn zwei bis drei Revolutionen im Jahr sind dort das Normale.

Präsident Coolidge hat den Mächten einen neuen Vorschlag zur Einschränkung des Flottenbaus bezuglich einer Abrüstungskonferenz unterbreitet. In Frankreich sieht man darin nicht nur uneigennütige Friedensliebe, sondern eine Bedrohung des Völkerbunds. Für Deutschland ist die Abrüstungsfrage erledigt; was die anderen Mächte treiben, ist mehr oder weniger Schaumflügelerei, zu gut deutsch Betrug am Ball.

Die Mißtrauensanträge gegen Minister Reubell abgelehnt.

Deutscher Reichstag,

Berlin, 11. Febr.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Marx, Reichsanzenminister Dr. Reubell.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um einhalb 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Innenminister von Reubell und die kommunistische Interpellation wegen der Beherbergung der Olympia auf einem Gute des Herrn von Reubell.

Abg. Lorater (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Der Reichskanzler habe sich mit Herrn von Reubell solidarisches erklärt. Das Zentrum wolle den Innenminister nicht fallen lassen, alsich nicht, wie das Ergebnis der Untersuchung sei. (Unruhe im Zentrum.) Der Reichskanzler wolle ursprünglich eine Erklärung vor der Tagesordnung abgeben, um eine Aussprache zu verhindern. Das sei eine unerhörte Vergewaltigung. (Der Präsident rät diese Ausdrucksweise und stellt fest, daß über den Umfang der Aussprache nicht der Reichskanzler entscheide, sondern der Reichstag.) Herr von Reubell habe auf seinem Gute Olmptaleute beherbergt und an die jungen Leute wiederholt Ansprachen gerichtet, in denen er die Wiederaufrichtung der alten Dohnergoltermonarchie als erstrebenswertes Ziel bezeichnete. Der Redner wiederholt dann die in der Presse bereits mitgeteilten Anschuldigungen gegen den Minister. Herr von Reubell sei für sein Amt durchaus nicht geeignet. Er werde ein Minister gegen die Arbeiter sein. Darum müsse ihm schärfster Kampf angefohrt werden.

Unter allgemeiner Spannung nimmt der Reichskanzler Dr. Marx das Wort.

Dr. Marx erklärt, daß er sich nicht darauf beschränken werde, die Interpellation zu beantworten, sondern daß er den Gesamtsatz von Reubell erläutern werde. Ich habe, so erklärt der Reichskanzler, bereits in der letzten Sitzung erklärt, daß es im eigenen Interesse des Herrn von Reubell liegt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe sofort nachgeprüft werden. Ich habe die Untersuchung in die Hand genommen und beschleunigt. Heute bin ich in der Lage, die nötigen Aufschlüsse zu geben. Die Untersuchung war streng objektiv, sachlich und leidenschaftlos. (Wachen links.) Alles Material aus Dienstakten und Mittelstücken aus der Dienstzeit sind geprüft worden, sobald ich mir ein zuverlässiges und objektives Urteil bilden konnte. Der Kanzler geht zunächst auf die Vorwürfe wegen des Verhaltens des Reichsinnenministers als Landrat von Königsberg in der Kenmark in den Tagen des Kapp-Putsch ein. Reubell habe zugegeben, daß er im März 1920 die Bekanntmachungen des Militärbefehlshabers veröffentlicht habe. Die Veröffentlichungen geschähen auf ausdrückliche Anweisung des hiesigen Stellvertreters des von keinem Amte abwesenden Reichsinnenministers von Königsberg

a. d. Ober. Der Kanzler weist darauf hin, daß Königsberg in der Kenmark ein kleines abgelegenes Landstädtchen sei. Freundliche Nachrichten von der anderen Regierung seien dem Landratsamt nicht zugegangen. Infolgedessen konnten die Kundgebungen der alten rechtmäßigen Regierung in den ersten Tagen nicht nach Königsberg gelangen. Zeitliche Telefonverbindung zwischen dem Landratsamt und Berlin oder Frankfurt-Oder war auch während der nächsten Tage nicht zu erreichen. Sobald die erste Nachricht von der Rückkehr der verfassungsmäßigen Regierung durch die Militärbehörde eintraf, am 18. März 1920, hat Reubell an die nachgeordneten Stellen umgehend weitergegeben und alle anderslautenden Bekanntmachungen sofort widerrufen. Es muß festgestellt werden, daß nach der vorliegenden Rechtsprechung der Beamte in erster Linie zu gehorchen hat. Im Falle Reubell hat eine Anweisung der vorgesetzten Behörde vorgelegen, die befolgt werden mußte. Es war seine gesetzliche Pflicht, an der Kaiserlicher Polizei Gendarmen anzustellen. Diese Maßnahme hat er getroffen, um ein Ueberstreifen der Kurben an Eberswalde zu verhindern. Herr von Reubell ist dann in den ersten Wochen im Ruhestand verbleiben worden. Am 20. April 1920 hat er den Reichspräsidenten um beschleunigte Untersuchung seines Verhaltens ersucht. Am 18. Mai, nachdem er gehört hatte, daß alle in Betracht kommenden Vordräte gehört werden sollten, jedoch nur auf Antrag, hat er beim zuständigen Interessenten schriftlich den Antrag gestellt, vor dem Untersuchungsverfahren sei jedoch niemals eingeleitet worden. (Hört, hört rechts.) Herr v. Reubell ist in dieser Beziehung bis heute noch ohne jede Nachricht. (Wachen links.) Am 22. Juli wurde Herr von Reubell vom preussischen Innenminister im Einverständnis mit dem preussischen Finanzminister vorübergehend der Regierung zur Leitung eines Ausschusses zur Beseitigung von Kriegsschäden überwiesen. (Erneutes Hört, hört rechts.) Er hat diese amtliche Stelle nicht antreten können, weil er damals krank war. Er hat jedoch diese Berufung dahin auffassen müssen, daß die preussische Staatsregierung ihn wieder im aktiven Staatsdienst verwenden wollte. Diese Auffassung wird durch die Tatsache unterstützt, daß Herr v. Reubell im März 1922 zum Regierungsrat in Arnoberg ernannt werden sollte. Der vom preussischen Innen- und preussischen Finanzminister unterzeichnete Erlaß wurde aber nicht mehr abgefaßt, da Herr von Reubell inzwischen um seine Entlassung aus dem Staatsdienst gebeten hatte. Aus der Tatsache, daß die preussische Staatsregierung entgegen ihrer, anderen Vordräte gegenüber eingenommenen Haltung, von einem Untersuchungsverfahren gegen von Reubell absehen hat, und ihn wieder in den Staatsdienst aufnehmen wollte, muß der Schluß gezogen werden, daß auch die preussische Staatsregierung damals schon sein Verhalten nicht so beurteilt hat, daß sie eine neuerliche Berufung in den Staatsdienst für ausgeschlossen hielt.

Der Kanzler wendet sich dann der kommunistischen Interpellation zu. Herr von Reudell sei jahrelang von den verschiedensten Organisationen angegangen worden, er möge Mitglieder von ihnen für einige Zeit auf seinem Gute unterbringen. Er hat auch Kinder aus dem Klubrevier aufgenommen und jüdische Pfadfinder. (Hört, hört. Heiterkeit rechts.) Der Verband Olympia II Herren von Reudell nur aus der Presse bekannt. Im übrigen ist die Olympia erst am 12. Mai 1926 verboten worden. Im Jahre 1926 war der Innsbrucker Landbund auf dem Gute untergebracht. Dieser unpolitische Verband hat in keiner Weise etwas mit der verbotenen Olympia zu tun. Militärische Ausbildungen haben nicht stattgefunden; auch keine militärische Kriegsausbildung. Schießsport wurde nur wenig getrieben. Als der Kanzler von der linken dauernd durch Pöcher und andere Kundgebungen unterbrochen wird, ruft er: Ja, meine Herren, bei Ihnen ist das Urteil schon gesprochen! Ich betrachte Ihre Kundgebungen als eine Unverschämtheit ersten Ranges! Ich weiß meine Pflicht zu tun! (Lebhafter Beifall bei den Rechten und Sozialdemokraten.) Bei dem Beschluß, der zu dem Abbruch der Beziehungen der Großgrundbesitzer zu dem Nationalen Jugendorden, von Treelow, geführt hat, hat Herr v. Reudell nicht mitgewirkt.

Der Reichskanzler erklärt mit erhobener Stimme, daß er auf dieser Grundlage noch genauester und gewissenhafter Prüfung sorgen müsse, daß die Sozialisten gegen Herrn v. Reudell wegen rechtswidrigen Verhaltens in der Vergangenheit nicht vorgehen können. Er sei der Überzeugung, daß die überaus große Mehrheit dieses Hauses diese seine Auffassung teilen werde. Persönlich wolle er bemerken, daß er glaube, in Herrn von Reudell einen Mann kennen gelernt zu haben, der sein Wort hält. (Wärmende Unterbrechungen links.) Der Kanzler betont zum Schluß, daß sich die Tätigkeit auch der neuen Regierung nur auf dem Boden der Verfassung bewegen werde. Nach den bisherigen Berechnungen mit Herrn von Reudell habe er die Überzeugung gewonnen, daß er in dessen Person einen treuen Helfer für diese Verordnungen gefunden habe. (Lebhafter Beifall bei den Rechten und Sozialdemokraten.)

Innenminister von Reudell erklärt, es widerstrebe ihm von seiner Person zu sprechen, es widerstrebe ihm auch zu glauben, daß ein Mitglied des Hauses ihm die Verletzung seiner Eidespflicht unterwerfen könne. (Gelächter und Unruhe bei den Kommunisten.) Nach seiner ganzen Lebensauffassung werde er selbstverständlich zu seinem Eide stehen und erachte es als seine besondere Pflicht, für den Schutz und das Ansehen der Deutschen Republik zu sorgen. Im Schluß erklärt der Minister, er werde alles tun, um eine vertrauensvolle Mitarbeit zu ermöglichen. (Lebhafter Beifall bei den Rechten und Sozialdemokraten.)

Herr v. Guesard (Str.) erklärt, nach den Feststellungen des Reichskanzlers seien die Voraussetzungen erfüllt, die das Zentrum an sein Vertrauensvotum vom 5. Februar gestellt habe. Dieses erkläre sich daher auf das ganze Reichskabinett und das Zentrum lehne die gegen den Reichsinnenminister vorgelegten Mißtrauensanträge ab.

Herr Landsberg (Cos.) hält die Erklärungen des Kanzlers im Falle der Olympia für unbefriedigend, ebenso die Verteidigung des Herrn von Reudell im Falle des Kampfschiffes. Die Haltung des Zentrums sei unbefriedigend. Wer einmal die Verfassung verletzt habe, der könne nicht ihr Hüter werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Freiherr von Rühlhosen (Dem.) begründet das Mißtrauensvotum seiner Fraktion. Es habe sich herausgestellt, daß das angeblich politisch unbeschriebene Blatt von Reudell noch erheblich beschriebene, um nicht zu sagen, befristet sei, der Minister solle doch ruhig zugeben, daß er innerlich auf Seiten der Kapitulanten stehe. Die Ernennung des Herrn von Reudell widerspreche der Staatstheorie. An dem Postamt gegen Herrn von Treelow habe Herr von Reudell mitgewirkt. Das sei aufs Schärfste zu beurteilen.

Die Abstimmung

Es wird dann zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird abgestimmt über das demokratische Mißtrauensvotum, in dem es heißt, daß durch die Erklärungen des Reichskanzlers die Bedenken gegen Herrn von Reudell wegen seiner Haltung beim Kampfschiff und wegen des gesellschaftlichen Boosetts gegen Andersdenkende nicht beseitigt seien. Herr von Reudell habe daher nicht das Vertrauen des Reichstages. Für dieses Mißtrauensvotum stimmten mit den Demokraten die Sozialdemokraten und Kommunisten, sowie der Abg. Dr. Wirth, dagegen stimmten mit den Regierungsparteien die Volkischen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Das Mißtrauensvotum wurde mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Es folgt dann die gemeinsame Abstimmung über das sozialdemokratische und kommunistische Mißtrauensvotum, die den gleichen Wortlaut haben. Es besagt, daß Herr von Reudell nicht das Vertrauen des Reichstages besitzt. Die Anträge werden mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Herr von Reudell erhebt sich bei den Abstimmungen der Stimme.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Reichswohnungsabteilung im Jahre 1927.

Herr Vissinoli (Cos.) verläßt bei der Wohnungsabteilung auch die Berücksichtigung der gesundheitlichen Verhältnisse. Die Vorlage umfasse nur etwa 4000 Gemeinden mit 44,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, während nahezu 60.000 Gemeinden aus der Zählung herausblieben. Das müsse geändert werden.

Herr Winnefeld (D. Fr.) erklärt, man habe sich auf die größten Orte beschränkt, um die Zählung zu beschleunigen. Die Landwirtschaft habe gegen eine Zählung nichts einzuwenden. Es müsse einmal festgestellt werden, wie viel Ausländer deutsche Wohnungen besitzen.

Unter Ablesung familiärer Änderungsanträge wird dann die Vorlage in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso die Entschlüsse.

Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 3 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Lesung des Reichshaushaltsplanes.

Coolidges neuer Abrüstungsplan

Washington, 11. Febr. Präsident Coolidge hat dem Kongreß eine Botschaft geschickt, worin es heißt: Die amerikanischen Botschafter in London, Paris, Rom und Tokio werden heute den Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan eine Denkschrift ausbringen, worin angetrieben wird, sie möchten ihre Vertreter bei der bevorstehenden Zusammenkunft der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz in Genf ernennen, ein Abkommen über weitere Beschränkungen über die Seerüstungen zu erörtern und es bald abzuschließen. Das

Abkommen wird die Ergänzung zu dem Washingtoner Vertrag über diese Fragen bilden und sich auf die Klassen von Schiffen beziehen, die von dem genannten Vertrage nicht berührt werden.

Ueber die Erwägungen, die ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben, sagt Coolidge: Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk sind überzeugt, daß der Rüstungswettbewerb eine gefährliche Ursache für das internationale Mißtrauen und die internationale Zwietracht und gesamt ist. Schließlich zum Kriege zu führen. Die Erkenntnis dieser Tatsache und der Wunsch, diese Gefahr so weit wie möglich zu beseitigen, hat die amerikanische Regierung 1921 dazu geführt, die Washingtoner Konferenz einzuberufen. Auf dieser fanden wir die anderen Mächte von demselben Wunsche begeistert, wie uns selbst, den Wettbewerb zur See von der Erde der möglichen Ursachen internationaler Zwietracht zu beseitigen. Die Unterzeichner des Washingtoner Vertrages haben ihre Verpflichtungen eifrig erfüllt und es kann kein Zweifel bestehen, daß der Vertrag in seiner Wirkung ein hervorragender Erfolg ist. Es ist die Hoffnung der amerikanischen Regierung gewesen, daß sich hier eine günstige Gelegenheit bieten möchte, das hier begonnene Werk durch den Abschluß weiterer Vereinbarungen über Kreuzer, Zerstörer und U-Boote zu vollenden. Ich bin sicher, daß alle Regierungen und alle Völker lieber Einschränkung der Rüstungen vor See wählen, anstatt bewußt zum kürzstmöglichen Bau zurückzulehren. Ich habe deshalb, um festzustellen, ob eine weitere Einschränkung möglich ist, ihnen die Anregung unterbreitet, daß die Verhandlungen über diesen Gegenstand so bald wie möglich beginnen sollten. Der heraldische Wunsch der Nationen und der Welt, sich so sehr wie möglich von der Last der Rüstungen zu befreien und die Gefahren eines Wettbewerbs zu vermeiden, zeigte sich in der Einsetzung einer Vorbereitungs-Kommission zur Abrüstungskonferenz, die vorigen Mai in Genf zusammenkam und ihre Arbeiten fortsetzt in der Vorbereitung der Tagesordnung für die endgültige allgemeine Konferenz. Während mehr als sechs Monaten haben Vertreter von 20 oder mehr Nationen die Herabminderung und Beschränkung der Rüstungen von allen Gesichtspunkten aus geprüft. Es scheint mir, daß die amerikanische Regierung, die stets für die Einschränkung der Rüstungen eingetreten ist, die Pflicht hat, sich zu bemühen, alle verfügbaren Mittel vorzuschlagen, wodurch erreichbare Ergebnisse erzielt werden können, auch wenn solche Ergebnisse eine endgültige voll befriedigende Regelung der Land-, See- und Luftkräften nicht erreichen. Die amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte stellen für niemand eine Bedrohung dar. Sie sind auf der Mindeststärke gehalten. Ihre Verabreichung ist von niemand als eine notwendige Vorbedingung für eine allgemeine Rüstungseinschränkung vorgeschlagen worden. Ich bin mir klar darüber, daß die Fragen der Rüstungen zu Land und in der Luft in Europa voller Schwierigkeiten sind, und wenn auch die amerikanische Regierung stets bereit sein wird, in irgendeiner angemessenen Weise ihren Beitrag bei den Bemühungen europäischer oder anderer Regierungen zu leisten, um zu Abkommen von örtlich beschränkter Geltung zu gelangen, die die Land- und Luftstreitkräfte beschränken, so würde sie doch zögern, ausdrückliche Vor schläge an die europäischen Nationen zu richten. Es wird ein Beitrag zum Erlöse der vorbereitenden Arbeit, die jetzt im Gange sind, sein, wenn sich die großen Seemächte über eine weitere endgültige Minderung der Seerüstungen einigen. Es ist meine Absicht, daß die amerikanischen Vertreter in Genf, London, Tokio und den Vertretern der anderen Nationen in Genf über das Programm einer Konferenz für allgemeine Rüstungseinschränkung zu beraten.

Keunort, 11. Febr. In Washingtoner politischen Kreisen wird erklärt, daß der neue Abrüstungsvorschlag Coolidges sich hauptsächlich gegen Italien und Frankreich richte, die bisher der Abrüstung entgegen gearbeitet hätten. Präsident Coolidge habe die Anregung gegeben, da sonst die Genfer Besprechungen vor Ablauf dieses Jahres aus den ersten Anfängen nicht herausgelommen wären.

Neues vom Tage.

Der Fall Wirth

Berlin, 11. Febr. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich mit der Haltung des Abgeordneten Dr. Wirth bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag für die Reichsregierung befaßt. Die Zentrumsfraktion sahle einstimmig folgenden Beschluß: Unter Hinweis auf Paragraph 8 der Richtlinien für die politische und parlamentarische Arbeit der Zentrumsfraktion des Reichstages bedauert die Fraktion, daß Herr Wirth sich bei der Abstimmung vom 5. Febr. von der Fraktion getrennt und mit Nein gestimmt hat. Die Zentrumsfraktion hat mit diesem Beschluß als diejenige Instanz, die von dem Vorfall bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag berührt worden ist, ihre offizielle Stellungnahme ausgesprochen. Damit ist die Angelegenheit in rechtlicher und sachlicher Weise als erledigt anzusehen und zugleich auch dem Gerede von einem „neuen Fall Wirth“ öffentlich ein Ende gemacht.

Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch den französischen Senat

Paris, 11. Febr. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtkundentag durch den Senat erfolgte unter dem doppelten Vorbehalt, die Wirkung der Ratifizierung für Frankreich nicht nur von der vorherigen Ratifizierung dieses Abkommens durch Deutschland, sondern auch von der vorherigen Ratifizierung dieses Abkommens durch Großbritannien abhängig zu machen.

Die Opfer des Mißtrauensstandes in Portugal

London, 11. Febr. Nach einer Reuter-Meldung aus Oporto beträgt die Zahl der bei dem Aufstand Getöteten 76, die der Verwundeten 30. Es wurden 37 Offiziere verhaftet. In Lissabon beträgt die Zahl der Toten 198. Dem „Journal“ wird über Madrid gemeldet, die portugiesische Grenze werde über Madrid gemeldet, die portugiesische Grenze werde von Kavalleriepatrouillen, die die aufständischen verfolgten, streng bewacht. Spanischerseits sei Anweisung erteilt worden, den Uebertritt von portugiesischen Aufständischen auf spanisches Gebiet zu verhindern. Eine große Anzahl von Aufständischen sei von den Kavalleriepatrouillen mit Hilfe von Flugzeugen, die die aufständischen Truppen geschickt hätten, gefangen genommen worden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 12. Februar 1927.

Festalozzi-Feier. Die Bezirkslehrervereine Altensteig, Pfalzgrafenweiler und Simmersfeld veranstalten gemeinsam eine für einen größeren Kreis berechnete Feier zum Gedenten Pestalozzis am Sonntag, dem 20. Februar, im großen Saal des Gemeindehauses, bei der ein Vortrag über Pestalozzis Leben und Wirken gehalten wird und Proben von seinen Werken vorgelesen werden. Ein kleiner Chor wird zur Verschönerung der Feier mitwirken. (Eine besondere Einladung wird noch erfolgen.)

Die Würt. Volksbühne begann gestern ihr Gastspiel in Ragold mit dem Lustspiel „Miana von Barnhelm“ von Lessing. Der Besuch dieser Eröffnungsvorstellung ließ zu wünschen übrig. Das Lustspiel, das eine glückliche Besetzung der einzelnen Rollen aufwies, wurde glänzend gespielt und befriedigte allgemein. Auf diese befriedigende Eröffnungsvorstellung hin ist zu erwarten, daß auch die beiden heute Samstag folgenden Vorstellungen einen größeren Besuch aufweisen. Auf den heute Samstag abend zur Aufführung kommenden Schwan „Der Raub der Sabinerinnen“ sei noch besonders hingewiesen.

Oberaltheim, 9. Febr. (Schafweideverpachtung.) Gestern nachmittag 2 Uhr wurde die hiesige Schafweide, die im Vorjohrer mit 120 Stück und im Nachjohrer mit 200 Stück befahren werden darf, um den Preis von 700 Mark auf ein Jahr verpachtet. Pächter ist der seitherige, Joh. Müller, Untertalheim.

Calw, 11. Febr. Der Bezirkskirchentag hat beschloffen, für den Bezirk eine kirchliche Hilfskasse ins Leben zu rufen, damit die Gemeinden bei der Erbauung von Gemeinde- und Konfirmandenhäusern und bei der Unterhaltung der kirchlichen Gebäude unterstützt werden können, da von auswärts keine Hilfe zu erwarten sei. Zu der Errichtung der Hilfskasse und ihrer Weiterführung ist das Opfer an zwei Sonntagen im Jahr bestimmt. — Die Kälte hat den Bierbrauern noch das nötige Eis verschafft. Von Oberhangelt, Altsulzbach und Liebelsberg wird das sehr harte Eis mit Fuhrwerken hierher gebracht. — Die Schühengeseßschaft erbaut gegenwärtig auf der Steinrinne ihr neues Schühnhaus. Die Zufahrt kann nur auf einem Feldwege der Markung Stammheim erfolgen. Der Bauunternehmer benötigte zur Anfuhr des Materials diesen Weg, wurde aber von der Gemeinde Stammheim mit 100 M. Strafe für je eine Fuhr belegt. Auf Vorstellungen der Gesellschaft hat sich nun die Gemeinde bereit erklärt, den Weg frei zu geben, wenn die Herbeischaffung des Materials nur durch Stammheimer Fuhrwerke geschehe und der Weg wieder hergestellt werde.

Widdbad, 11. Febr. (Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.) Der Gemeinderat hat sich mit 10 gegen 3 Stimmen für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft erklärt.

Obernau O.A. Rothenburg, 11. Febr. (Weim Sprengen verunglückt.) Beim Steinbrechen im Rommelsbachtal verunglückten Farrenhalter Josef Hebe und der 19jährige Joh. Schwilbenz, Sohn des Gemeinderats Schweinbenz von hier. Sie waren mit Sprengarbeiten beschäftigt. Da ein Schuß nicht losging, wollten sie ihn herausbohren, wobei das Pulver sich entzündete und die beiden nicht unerheblich im Gesicht und an den Armen verletzten.

Schödingen, O.A. Leonberg, 11. Febr. (Das Gefecht bei Schödingen.) Die Winterübung des Stützpunktes und des Ludwigsburger Reichswehrbataillons, welche verstärkt durch Kavallerie, Maschinengewehre, Minenwerfer, Artillerie und Panzerwagen, begann mit einem Vormarsch der beiden Kolonnen gegeneinander von Leonberg bezw. Groß-Sachsenheim aus und führte nach Vorgeplänlein bei Mönchingen und Markgröningen schließlich zu einem Gefecht bei Schödingen, an dessen Rand sich das Stützpunkter Grenadierbataillon festsetzte hatte.

Pfaffingen, 11. Febr. (Todesfall.) Kommerzienrat Louis Laiblin, Ehrenbürger von Pfaffingen, einer der hervorragendsten Industriellen des Landes, ist in Tübingen an dem Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Tiefenbach, O.A. Riedlingen, 11. Febr. (Tödlicher Unfall.) Das vierjährige Söhnchen des Bauern Franz Kopf war bei einem Röhrenfuhrwerk auf den vorderen Schlitzen aufgestiegen. Durch irgend einen unglücklichen Zufall fiel der Junge von dem Schlitzen herunter und kam unter den zweiten Schlitzen zu liegen. Der Schlitzen ging dem Kind über den Unterleib. Es erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf starb.

Ravensburg, 11. Febr. (Vergiftet.) Ein hier bedienstetes Dienstmädchen entwendete ihrer Herrschaft einige Handlöhner. Der Diebstahl wurde der Kriminalpolizei angezeigt und das Mädchen vernommen. Aus Angst vor Strafe trank das Mädchen in ihrem Zimmer Salzsäure und brachte sich noch mit einem Messer Schnittwunden bei. Das Mädchen, das erst 19 Jahre alt ist, wurde ins Krankenhaus verbracht, wo es seinen schweren Verletzungen erliegen ist.

Ulm, 11. Febr. (Pioniertag.) Die Tagung des Bannmehrs deutscher Pioniere wurde nunmehr in Ulm auf den 5., 6. und 7. August festgelegt. Mit der Tagung werden noch folgende Veranstaltungen verbunden: ein württembergischer Pioniertag, am Abend des 6. August eine große Donau- und Stadtbeleuchtung. Am 8. August ist der „Nationalfeiertag“ der Uimer, der Schwörmontag.

Dehringen, 11. Febr. (Tödlicher Hufschlag.) Am letzten Sonntag wurde der verheiratete Landwirt Friedrich Bösch von Harsberg beim Puhlen seines Pferdes auf den Unterleib geschlagen. Trotz sofortiger Operation ist er seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.



Letzte Nachrichten.

Die Vertrauensfrage für Reudell

Berlin, 12. Febr. Von den Blättern der Regierungsparteien wird auf die große Mehrheit hingewiesen, die gestern im Reichstage ihr Vertrauen für den Reichsminister des Innern v. Reudell bezeugt hat. Die „Kreuzzeitung“ begrüßt die sympathische Art, in der Reichsfanzler Dr. Marx seiner aufgrund sachlicher Prüfung gewonnenen Überzeugung Ausdruck gegeben hat und verzeichnet die Tatsache, daß Reichsminister v. Reudell versichert habe, daß er selbstverständlich zu seinem Eide treu und den ihm durch die Verfassung auferlegten Pflichten gewissenhaft nachkommen werde. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht, daß Dr. Birth sich trotz der bündigen Erklärungen des Reichsfanzlers und Parteiführers auch gestern mit aller Schärfe gegen die eigene Partei und Fraktion gestellt habe. In der „Berliner Börsenzeitung“ heißt es: Mit der gestrigen Abstimmung ist eine Episode beendet, die in jeder Beziehung höchst unerfreulich war. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als das Ergebnis der gestrigen Abstimmungen im Reichstag, daß die Koalition innerlich gefestigter bestand, als zum Beginn ihrer Regierungstätigkeit. Die „Germania“ schreibt: Die neue Regierung ist erst mit dieser Abstimmung vollständig geworden. Eine peinliche Affäre ist damit zu Ende gegangen. Das Mißtrauen, das ohne Zweifel in weiten Kreisen wachgerufen worden ist, dürfte kaum durch die gestrige Abstimmung beseitigt worden sein. Wir möchten hoffen, daß es Herrn v. Reudell gelingt, dieses Mißtrauen zu überwinden. Das „Berliner Tageblatt“ beklagt es, daß wieder starke Räden auf der Linken festzustellen waren und fragt: Wann werden die Fraktionen die Säulen zur Verantwortung ziehen? Das Blatt fährt dann fort: Die Reichsregierung hat jetzt ihr vollständiges und unbedingtes Vertrauensvotum. Daß sie gestern an Vertrauen gewonnen hat, wird aber gewiß keines ihrer Mitglieder behaupten können. Der „Vorwärts“ sagt: Herr Marx hat für Herrn v. Reudell eine Mehrheit erhalten. Er hat jedoch sich und seiner Partei eine schwere moralische Niederlage zugefügt.

Politische Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 12. Febr. Zu schweren Ausschreitungen kam es gestern abend in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei. Diese Versammlung war stark besucht von Kommunisten, die in der Versammlung ihren Unwillen durch laute Zwischenrufe kundgaben. Es kam zu Streitigkeiten, die alsobald in eine wilde Schlägerei ausarteten.

Man ging mit Biergläsern und Stöcken aufeinander los, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Polizei mußte eingreifen und den Saal mit Gummiknüppeln räumen. Zwei der Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Nachdem die Polizei die Ruhe wieder hergestellt hatte, wurde die Versammlung fortgesetzt.

Demokratischer Aufwertungsantrag

Berlin, 12. Febr. Die demokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erziehen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort verzinslichen Amtsanleihe oder auf andere geeignete Weise die Altbesitzer von Reichsanleihen anstelle von Anleiheablösungsschuld und Auslösungsrechten in den Besitz eines Wertpapierses gesetzt werden, dessen Wert einer mindestens 12,5prozentigen Aufwertung des ursprünglichen Betrages der in Anleiheablösungsschuld umgetauschten Reichsanleihe entspricht und das laufend mit mindestens 5 Prozent jährlich verzinst wird.

Zwei schweizerische Fliegeroffiziere tödlich verunglückt. St. Moritz, 11. Febr. Anlässlich eines Trainingsfluges der Militärflieger stürzten Fliegeroberleutnant Albrecht und Beobachter Oberleutnant Buchli ab. Sie erlitten ihren Verletzungen.

Rücktritt des albanischen Kabinetts

Belgrad, 11. Febr. Nach einer Meldung aus Tirana ist das albanische Kabinett wegen Unstimmigkeiten, die innerhalb der Regierung bei der Aufstellung des Staatshaushaltes entstanden sind, zurückgetreten. Präsident Ahmed Zogu hat die Demission angenommen.

Schwerer Rebel über England

London, 11. Febr. London und der größte Teil des Landes waren heute wieder in dicken Rebel gehüllt. Die Flüge trafen mit Verspätung ein und die Arbeiten in den Büros und Fabriken konnten nur bei künstlichem Lichte vorgenommen werden. Besonders im Kanal war der Rebel sehr dicht. Vom Admiralspazier in Dover wurden Wat-

nungsschiffe für die Schiffe abgefeuert. Der dänische Dampfer „Signe“ stieß mit dem italienischen Dampfer „Francesco Ciampa“ im Kanal zusammen, der innerhalb einer Viertelstunde sank. Seine gesamte Besatzung von 30 Mann konnte von dem dänischen Dampfer gerettet werden. In der Umgebung von London ereigneten sich infolge des Rebels verschiedene Straßenunfälle, bei denen eine Person getötet und mehrere verletzt wurden.

Schneelatastrophe auf Korfka

Paris, 11. Febr. Ueber Korfka sind so gewaltige Schneemengen niedergegangen, daß die Eisenbahnverbindung zwischen Bastia und Ajaccio unterbrochen wurde. Die meisten Elektrizitätsleitungen der Insel wurden gestört. In Crosaglia wurden drei Häuser durch die Schneemassen eingedrückt, in Palermo die Baracke italienischer Kohlenarbeiter, wobei 13 Mann den Tod fanden und 4 schwer verletzt wurden.

Jerusalem im Schnee

Jerusalem, 11. Febr. Infolge eines schweren Schneestäubers in der letzten Nacht ist die Stadt heute zum ersten Male wieder seit 1921 in tiefen Schnee gehüllt.

Die vielseitige Verwendung von Maagi's Würze



Ist noch der Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Löffel Maagi's Würze Wohlgeschmack.

Man verleihe ausdrücklich Maagi's Würze

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bauer, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Vieh- und Schweinemarkt in Altensteig.

Der am Mittwoch, dem 16. Februar, in Altensteig fällige Vieh- und Schweinemarkt wird unter folgenden Bedingungen abgehalten:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verseuchten Orten (insbesondere Neuwied und Hofstett O. Calw) dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen. Außerdem sind für alle zum Markt gebrachten Tiere Ursprungszeugnisse mitzubringen. Tiere, für welche die Zeugnisse fehlen, werden unnahsichtlich zurückgewiesen.
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Austrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung, sowie außerhalb des Marktplatzes ist am Markttag jeder Handel verboten.
5. Beginn des Schweinemarktes um 8 Uhr, des Viehmarktes um 8 1/2 Uhr.

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft.

Ragold, den 11. Februar 1927.
Oberamt:
Dr. Rauneder, stellv. Amtmann.

Altensteig Billige Lebensmittel!

| | | |
|--------------------------------|---------|-----------------|
| Neue Mittel-Linsen | 1 Pfd. | 30, 35 Pfg. |
| große Heller-Linsen | 1 " | 40, 45 " |
| weiße Perl-Bohnen | 1 " | — 30 " |
| Viktoria-Erbfen, ganze | 1 " | 40, 60 " |
| gelbe und grüne halbe | 1 " | 35, 40 " |
| la. Voll-Reis | 1 " | 28, 30 " |
| st. glasiert. Tafel-Reis | 1 " | 35, 40 45 " |
| st. Perl-Gerste | 1 " | 25, 35 " |
| deutsch. Perl Sago | 1 " | 45 " |
| Weizen- u. Hart-Gries | 1 " | 30, 35 " |
| Eierfaden-Rudeln | 1 " | 60, 65 " |
| Eierband-Rudeln | 1 " | 60, 65 " |
| Moccaroni, Hartgries | 1 " | 55, 60 " |
| Salatöl la. und st. Sesam | 1 Liter | Mk. 1.20, 1.30 |
| Mohnöl, Vorlauf, extrafein | 1 Liter | Mk. 1.40, 1.60 |
| Cokosfett in Tafeln | 1 Pfd. | 75 Pfg. |
| Ruß Schmalz | 1 Pfd. | 80 Pfg. |
| Schweineschmalz Hamburger | 1 Pfd. | Mk. 1.10 |
| Schweineschmalz amerik. st. | 1 Pfd. | Mk. 1.— |
| Kaffee stets frisch gebrannt | 1 Pfd. | Mk. 2.80, 3.50 |
| in vorzüglichsten Qualitäten | 1 Pfd. | Mk. 4.—, 4.50 |
| Kakao amerik. und holl. | 1 Pfd. | 70, 90, 1.20 |
| Kaffee-Mischung mit 10% Kaffee | | 75 Pfg. |
| " " " 20% " | 1 Pfd. | Mk. 1.— |
| Malzkaffee, offen | 1 Pfd. | 30 Pfg. |
| Zweischgen la. neue | 1 Pfd. | 40, 50, 55 Pfg. |
| Misch-Obst, 5 Frucht | 1 Pfd. | 80 Pfg. Mk. 1.— |
| Dampf-Äpfel amerik. | 1 Pfd. | Mk. 1.— |
| Aprikosen st. | 1 Pfd. | Mk. 2.— |
| Birnen Californ. | 1 Pfd. | Mk. 1.60 |

Allg. Stangenkäse 20% Fettgehalt
1/4, 1/2, 3/4, reif, 1 Pfund 70, 75, 80 Pfg.
in 10 Pfd.-Carton billigste Tagespreise
empfiehlt in anerkannt guten Qualitäten

Chr. Burghard jr.

Druckfachen jeder Art, liefert schnell
W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.

Die täuschenden Nachahmungen unserer Packung

Aecht Franck

beweisen, daß unser Erzeugnis als das Beste anerkannt wird. Verlangen Sie daher ausdrücklich:

Aecht Franck

mit der Kaffeemühle

Der Sport-Bericht

ist in seiner neuesten Ausgabe jeweils zu haben in der W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Hausbrand!

Kohlscheider Anthracit Ruß II
Anthracit-Eisformbriketts
Braunkohler-Briketts
„Union“
Brennkoks
nur erstklassige Marken
stets auf Lager bei

Veeh & Ziegler, Altensteig

Es ist Ihr eigener Vorteil,
wenn Sie heute schon
Ihre Bestellung in

Baumaterialien

machen: sie erhalten günstigere Preise und prompte Lieferung zur Bedarfszeit.

Darum zögern Sie nicht mit Ihrem Auftrag und kaufen Sie beim Fachmann, sie werden zufrieden sein. Ich liefere sämtliche Baumaterialien in Ia. Qualität; bei Waggonbezug zu Werkpreisen franko, der Ihnen am günstigsten gelegenen Station. Bei Bezügen ab meinem Lager ebenfalls zu mäßigen Preisen

Joel Walz

Baugeschäft u. Baumaterialienhandlung
Altensteig / Tel. 51.



Gemeinde Simmersfeld



Nadelstammholz-Verkauf.

Aus dem Gemeindevald kommen im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

Pos I Abt. Engstroße (beim Dorf)

102 Kottannen mit 84,54 Festm. und 18 Forchen mit 16 Festm., zusf. 100,02 Festm.

und zwar:

3,26 I., 16,18 II., 52,73 III., 23,35 IV., 5,02 V. Kl.

Pos II Abt. Steirücken

20 Tannen mit zusf. 44,02 Festm.

und zwar:

21,31 I., 18,38 II., 3,77 III. Kl. Sägholz: 0,56 I. Kl.

Bedingungslose Angebote in ganzen Prozents der Landesgrundpreise 1927 ausgedrückt, sind bis Donnerstag, den 17. Februar 1927, vorm. 11 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen.

Eröffnung der Gebote um diese Zeit. Verkaufsbedingungen liegen von heute ab auf dem Rathaus auf.

Das Holz zeigt Waldmeister Kern vor.

Den 11. Februar 1927.

Gemeinderat.

Simmersfeld.

Einer verehrten Einwohnerschaft von hier und Umgebung bringe ich hiemit zur Kenntnis, daß ich neben meiner bisherigen Schuhmacherwerkstätte

einen Laden in Schuhwaren aller Art

eröffnet habe und bitte bei Bedarf um geneigten Zuspruch.

Konfirmandenstiefel

in großer Auswahl zu billigen Preisen

S. Gg. Geißel, Schuhmachermeister.

Liebes-Draht

„Margareta“

Unentbehrlich für Liebende, Damen wie Herren. Reizvoll in trauten Stunden u. d. Gesellschaft. Auch als Geschenk. Begeisterte Dankschreiben. Preis Mk. 1.60 franko gegen Nachnahme.

Wilhelm Schütz, Essen, Rüttensteiderstr. 90 a.

Landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft eingetr. Genossenschaft m. b. H. Altensteig, Nagold und Umgebung.

Bestellungen auf Saatfrucht- und Saatkartoffeln

werden noch entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 85 Geschäftsstelle.

NB. Torfmull trifft demnächst hier ein und bitten wir evtl. Aufträge umgehend zu überschreiben.

Altensteig. Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere liebe Schwägerin und Tante

Cresenzia Maier

im Alter von beinahe 74 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit heimzurufen.

Der tieftrauernde Gatte:

Hermann Maier, Weißgerber.

Die Beerdigung findet Montag mittag 3 Uhr auf dem alten Friedhof statt.



Was suchen Sie heute für Ihr gutes Geld?

Grosse Auswahl Gute Qualitäten Billige Preise

All dies finden Sie bei uns

Berg & Schmid, Nagold

| | |
|--------------|--------------------|
| Lebensmittel | Weinhandlung |
| Eisenwaren | Glas und Porzellan |

Billige Wolle

Prima Landwolle schwarz, grau, p. Pfd. A 3.70
 16/4 dr. Spezial schwarz, grau, p. Pfd. A 4.15
 16/4 dr. Extra Prima alle Farben, p. Pfd. A 4.80
 Ausschließlich Verpackung und Porto unter Nachnahme.
 Täglich großer Versand nach auswärts.

Wollwaren-Versandstelle Hilpert, Dangstetten in Baden

Bienen-Honig

allerfeinster, goldgelber, reiner Qualität. 10-Pfd.-Eimer Mk. 10.70 5-Pfd.-Eimer Mk. 6.20. Nachn. 30 Pfg. mehr.
 Fuchsack, Lehrer a. D.
 S. de 311 1/2 Dldbg.

Abbitte.

Ich habe bisher von Einreibungen gegen Gicht und Rheuma nichts gehalten, aber Ihr Wollwurzsaft hat mir geholfen. Ich kann es bestens empfehlen.
 Eßlingen S. 4. 26.
 Frau Betriebschef B. Große Glasche 2.00 und 4.00 Mk.
 Kloster-Tab. Alpirsbach (Wittb.)
 In den Apotheken: Altensteig, Nagold und Pfalzgrafenweiler.



Lederypflege

In das Wichtigste, was Sie von einer Schuherei verlangen müssen. Aber nur die aus reinen Terpentinöl und echten Wachsen zusammengezeichnete Creme bietet Gewähr dafür, daß dem Leder die Stoffe zugeführt werden, die es braucht, um aus geschmeidig zu bleiben. Verwenden Sie deshalb die von allen Versuchsrichtern geprüfte Ledercreme

Erdal

putzt die Schuhe pflegt das Leder

Effringen-Wart

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 15. Februar stattfindenden Hochzeitsfeier im Gasthaus zum „Pflug“ in Effringen freundlich einzuladen

Gotthilf Belsch

Sattlermeister

Sohn des †

Michael Belsch

Maurer in Effringen

Anna Maria Stoll

Tochter des

Michael Stoll

Schuhmacher in Wart

Kirchgang 12 Uhr

Wir bitten dies, statt besonderer Einladung entgegen nehmen zu wollen

Roter Frontkämpferbund Altensteig.

Am Sonntag, den 18. Februar findet abends 8 Uhr im „Schwanensaal“ eine

Öffentliche Generalversammlung

statt. Thema: Die neue Wirtschaftskrise und der Rote Frontkämpferbund. (Diskussion frei.)

Referent: Zimmermeister Haubmann, Rürtingen.

Die Ortsleitung.

Gasthof zum Grünen Baum

Samstag Abend 7 Uhr 61 Minuten

Masken- und Kostümball



Eintrittspreise: Damen Mk. 1.—, Herren 1.50.

Eingang durch die Saaltüre.

Für die schönste und originellste Maske sind Preise ausgesetzt.

Benützen Sie meinen vorteilhaften Inventur-Ausverkauf

Chr. Krauss

